

Grundeinkommen – eine feministische Utopie?

Von Ute Fischer

Viele Frauen begeistern und engagieren sich für die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) für alle. Denn es steht für eine geschlechtergerechte Vision: Gleichheit in Freiheit statt Gleichheit im Zwang zur Erwerbsarbeit.

- Jede Bürgerin und jeder Bürger erhält das BGE als monatliche Zahlung ohne Gegenleistung und ohne Bedürftigkeitsprüfung. Dafür entfallen bisherige Sozialtransfers wie Kindergeld oder Arbeitslosengeld. Dies macht Verwaltungs- und Kontrollbürokratie überflüssig.
- Es stellt einen individuellen Rechtsanspruch dar, unabhängig vom Familienstand. Es schafft finanzielle Unabhängigkeit für Männer und Frauen und erfüllt eine zentrale gleichstellungspolitische Forderung.
- Es soll ein Leben in Würde und nicht bloße Armutssicherung gewährleisten und muss so hoch sein, dass jede(r) Bürger_in frei entscheiden kann, sich dort zu engagieren, wo es für ihn oder sie sinnvoll ist. Jede und jeder ist frei, einer Erwerbsarbeit nachzugehen oder nicht.
- Der Bürger und die Bürgerin werden in ihrer fundamentalen Bedeutung für das Gemeinwesen anerkannt. Dieser Vertrauensvorschuss sichert die Solidarität untereinander und die Loyalität zur Gemeinschaft.

Klingt gut, aber speist das BGE nicht die für den Arbeitsmarkt „Verlorenen“ mit einer Stillhalteprämie ab? Verleitet es nicht zur traditionellen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau und verfestigt Ungleichheit? So lauten einige der Zweifel.

Doch im Gegenteil: Die Versuche, durch „aktivierende“ Arbeitsmarktpolitik alle in Erwerbsarbeit zu drängen, bauen auf einem Irrtum auf und haben verheerende Folgen: Denn die Erwerbslosen werden sanktioniert und stigmatisiert. Durch Kontrolle und Ar-

beitszwang, Misstrauen in den Einzelnen, Leistung nur auf Gegenleistung wird der Ausschluss an gesellschaftlicher Teilhabe und Anerkennung bewirkt. Entmutigung und Resignation



Foto: Wodicka

sind Folgen einer Politik, die den Wert des Einzelnen an seiner Erwerbsleistung misst. Die vielfältigen Möglichkeiten, sich für die Gemeinschaft einzusetzen, einen sinnvollen Platz darin zu finden, gelten als minderwertig, obwohl wir wissen: Ohne Familien, Ehrenamt und Loyalität der Bürgerinnen und Bürger wäre unser Land nichts. Fähigkeiten werden verschwendet, Einsatzbereitschaft wird blockiert.

Ein BGE ist den Forderungen nach Mindestlohn und Arbeitsumverteilung überlegen:

- Die Vorherrschaft der Erwerbsarbeit endet. Alle Bereiche des Lebens – Familie, Beruf und Gemeinwesen – werden als gleichwertig anerkannt, wie es ihrer Bedeutung für das ge-

sellschaftliche Ganze entspricht. Die Einzelnen – ob arm oder reich, jung oder alt, Mann oder Frau, gut qualifiziert oder weniger – können einen sinnvollen Beitrag dort leisten, wo es sie hinzieht.

- Arbeitsleistung und Engagement steigen, denn motivierte Menschen, die ihren Interessen und Fähigkeiten frei folgen, leisten mehr. Wer zusätzlich zum BGE einer bezahlten Arbeit nachgehen will, findet durch die starke soziale Sicherung verbesserte Arbeitsbedingungen, wie angemessenen Lohn und Arbeitszeiten.
- In der Familie werden Kinder und Heranwachsende um ihrer selbst willen anerkannt. Hier werden die Grundlagen gelegt für ein selbstbestimmtes Leben, für Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft. Ein BGE für alle bietet Eltern Freiraum bei der Entscheidung, wie viel Zeit sie ihren Kindern oder anderen Tätigkeiten widmen. Deshalb fördert das BGE die Gleichstellung von Frauen und Männern. Es befreit die Aufgabenteilung zwischen den Eltern von Zwängen.

Eine Utopie? Ja, aber eine realistische. Denn ein BGE ist in kleinen Schritten umsetzbar und baut auf dem auf, was wir schon heute haben, etwa das Kindergeld. Bereits heute lebt der Staat vom Vertrauen in die Loyalität der Bürger zur politischen Ordnung und demokratischen Verfassung. Er baut auf die Selbstbestimmung des Einzelnen, in dem Wissen, dass ein Gemeinwesen nicht durch Zwang bestehen kann. Ein Grundeinkommen stärkt die freie Entscheidung und ist eine gute Option für die Zukunft.

Ute Fischer ist Professorin für Sozialwissenschaften, insbesondere Sozialpolitik, an der Fachhochschule Dortmund und Mitbegründerin der Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“.